

Gedenken an die Opfer des KZ in Wewelsburg. Geschichte einer schwierigen Annäherung

Wulff E. Brebeck

Vorbemerkungen:

Mein Vortrag wird weniger zur Reflexion von öffentlichem Gedenken in unserer Gesellschaft auf jenem hohen philosophischen Niveau beitragen, als es bei Festvorträgen üblich ist. Es handelt sich eher um eine Mikrostudie zur politischen und gesellschaftlichen Praxis des Gedenkens.

Zweitens: Es wird leider unter einer Stunde nicht abgehen. Dafür bitte ich Sie ganz vielmals um Entschuldigung und hoffe, Sie sitzen bequem.

Die Geschichte des Gedenkens an die KZ-Opfer in Wewelsburg hat zentral mit dem Erkennen und Anerkennen von Wahrheit zu tun. Ein Prozess des Zulassens der Anerkennung, dass 1933-1945 mitten in unserem zivilisierten Land bislang undenkbbare öffentliche Verbrechen geschahen, ein Sich-Öffnen für bestürzende Einsichten, ohne Ausflüchte zu suchen, musste dem Aussprechen, dem Reden vorausgehen. Erst dann konnte man Empfindungen wie Scham zulassen, konnte das Schweigen gebrochen werden. Dass dieses Reden aber auch dann unendlich schwer fällt, wenn es nicht um direkte Schuld, sondern eher um die Angst vor Schande geht, sieht man am Beispiel des Dorfes Wewelsburg wie in einem Brennglas.

Hier ist noch bemerkenswert, dass die dörfliche Gesellschaft noch sehr stark von ländlichen Schweigetraditionen geprägt war. Traditionell wurde alles verschwiegen, was mit Schuld und verdeckten Konflikten zu tun hatte. Zeitgleich mit dem Durchbruch zur verbalen Kommunikation und der Aneignung neuer Gedenkformen bewältigte die dörfliche Gesellschaft ihre Modernisierung und damit den Zerfall der traditionellen kommunikativen Verbindlichkeiten.

Seit 1945 sind 13 vollendete oder geplante Gedenkzeichen für Menschen, die während des NS eines gewaltsamen Todes starben, Ausdruck dieses schmerzhaften Prozesses.

Alle vor 1978 errichteten Erinnerungszeichen an die getöteten Häftlinge sind nach kürzerer oder längerer Zeit verschwunden. Alle bis auf zwei beruhen auf Initiativen von außen.

Hinsichtlich der Länge der Auseinandersetzung um ein angemessenes Gedenken über zwei Generationen hinweg und der Besonderheiten ländlicher Schweigetraditionen sind die Vorgänge in Wewelsburg sicher einzigartig, was aber die Inhalte des Konflikts, die benutzten Argumente, die verschiedenen Stadien der Auseinandersetzung und ihre Formen angeht, so sind sie – nicht zuletzt wegen ihrer Vernetzung mit gesamtgesellschaftlichen Prozessen – sehr typisch für den Umgang der westdeutschen Gesellschaft mit den Hinterlassenschaften des „Dritten Reichs“. Es lohnt sich also, auf die Geschichte der schwierigen Annäherung an die historische Wahrheit in Wewelsburg genauer zu blicken, um etwas über unsere Gesellschaft und ihren Umgang mit dem Nationalsozialismus zu erfahren.

Zunächst ein paar Sätze zur Geschichte Wewelsburgs in der Zeit des Nationalsozialismus.

Einleitung: Der Ort Wewelsburg und seine Geschichte im „Dritten Reich“

Wewelsburg wurde in den Jahren 1933 bis 1945 zum Schauplatz von

Ereignissen mit überregionaler Bedeutung. Durch die persönliche Einflussnahme Heinrich Himmlers, des Chefs der SS, wurde Wewelsburg Sitz der zentralen Repräsentationseinrichtung für das SS-Gruppenführercorps und ab 1939 Ort eines Konzentrationslagers. Ab 1940 sollte das gesamte Dorf der gewaltigen Anlage einer „neuen Wewelsburg“ weichen. Die Häftlinge mussten den Nordturm als Mittelpunkt der „neuen Wewelsburg“ ausbauen: Im Keller entstand eine „Gruft“, im Erdgeschoss ein Repräsentationszwecken dienender „Obergruppenführersaal“. Ebenso arbeiteten sie an dem Bau einer Villa für den Chefarchitekten, einer Siedlung für Mitarbeiter, Terrassen am Wachgebäude, einem „Stabsgebäude“ in der Nähe der Wewelsburg und der ständigen Ausdehnung des Konzentrationslagers.

In dieser Zeit lebten die Einwohner Wewelsburgs physisch, d.h. im topographischen Sinne, und psychisch zwischen dem KZ und der „SS-Schule Haus Wewelsburg“. Auf den Baustellen vor den Augen der Dorfbewohner fand „Vernichtung durch Arbeit“ statt.

Infolge der sich ständig verschlechternden Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge stieg die Todesrate drastisch. Von den - bisher bekannten - rund 3900 Häftlingen, die insgesamt in das Lager eingeliefert wurden, starben laut Sterbeurkunden 1285 Menschen, das sind etwa ein Drittel. Sie starben - überarbeitet – an Hunger, unbehandelten Krankheiten, brutalen Schlägen und durch Erschießen und Erhängen. Im Frühjahr 1943 wurden - nach der Niederlage in Stalingrad - die Bauarbeiten eingestellt und das KZ Niederhagen aufgelöst. Die überlebenden Häftlinge transportierte man in andere Konzentrationslager bis auf rund fünfzig, die als sog. „Restkommando“ in Wewelsburg verblieben, das dem KZ Buchenwald organisatorisch unterstellt wurde.

Nach dem Krieg entstand in Wewelsburg wegen der über 40 noch vorhandenen KZ-Gebäude das größte Flüchtlingslager im Kreis Büren. Ein jahrzehntelanger Prozess der mühevollen Integration dieser Menschengruppen bestimmte die weitere Geschichte „des Lagers“, wie es bis in die siebziger Jahre hieß.

Die Geschichte des öffentlichen Gedenkens in Wewelsburg lässt sich in fünf große Phasen gliedern.

1. Gedenken an die NS-Opfer in der Nachkriegszeit

In der direkten Nachkriegszeit bis 1950 setzten sich die Überlebenden und die Alliierten für ein Gedenken der NS-Opfer ein. Es gab aber hin und wieder die seltene Ausnahme, dass Vertreter der Mehrheitsgesellschaft sich für ein ehrendes Gedenken ebenfalls verantwortlich fühlten. Beides haben wir in Wewelsburg.

Drastisch wurde den Wewelsburgern vor Augen geführt, dass die Verbrechen sich in ihrem Dorf zugetragen hatten. Denn die Nachkriegsgeschichte begann mit der Auffindung von 15 Toten. Es handelte sich um unbekannte Personen, die von der Gestapo oder SS-Leuten im März 1945 erschossen und im Wald hinter dem SS-Schießstand verscharrt worden waren. Die US-Militärverwaltung kommandierte am 4. Mai 1945 alle Dorfbewohner zur Exhumierung. Diese musste von Wewelsburger Männern vorgenommen werden. Der Bürgermeister hielt eine Rede, in der er erklärte, warum sie sich das ansehen sollten. Anschließend hatten die Dorfbewohner an den offenen Särgen vorbeizugehen.

Die Rede des - von den Amerikanern eingesetzten - Bürgermeisters wurde als Schuldeingeständnis von den Wewelsburgern gedeutet, was sie einhellig ablehnten, während die Predigt des Gemeindepfarrers Tusch auf dem Friedhof, wohin die Toten überführt wurden, ihnen wie eine Verteidigung der Dorfehre gegenüber der Besatzungsmacht erschien. Er predigte über den „Fluch des Hasses und den Segen der Liebe“. Nicht nur empfanden die Anwesenden keine Scham, was das eigentliche Ziel der amerikanischen Militärverwaltung war, sondern sie fühlten sich geradezu traumatisch getroffen. Vom kollektiven Gefühl, Opfer der Gewalt der Sieger zu sein, bis zum Gefühl, damit setze sich nur das Ausgeliefertsein an den Willen der SS in anderer Form fort, war kein weiter Weg. Immer wieder wurde dieses Empfinden später als Argument gegen ein Gedenkzeichen an die KZ-Opfer eingesetzt. In der Identifikation mit dem „standhaften“ Pfarrer Tusch lag zugleich der Beginn des Hinausstehens der Wewelsburger Kommunität aus der Gesamtverantwortung der Deutschen für ihre Geschichte.

Der Stein, der auf das Kollektivgrab gesetzt wurde, verschwand 1961, als die Toten nach Stukenbrock und auf den Ausländerfriedhof in Sennelager umgebettet wurden.

Ein weiteres Gedenkzeichen erinnerte an die Schuld deutscher Täter. Auf dem früheren Lagergelände erhob sich ein hohes Holzkreuz. Wir wissen nichts über das Datum seiner Errichtung und die Stifter. Das Kreuz erinnerte auch daran, dass die KZ-Opfer keine Gräber hatten. Ihre Asche war verstreut worden. Inmitten des sich langsam in ein „normales“ Wohn- und Gewerbegebiet für die Flüchtlinge und Vertriebenen verwandelnden früheren KZ-Areals blieb das Kreuz lange Zeit so etwas wie ein einsames Menetekel. Man war froh, als es verschwand. Wer daran beteiligt war, blieb unbekannt.

Ein Mahnmal von besonderem Rang erhielt Wewelsburg 1950. Es entstand auf Initiative des Düsseldorfer Ministerialdirigenten Dr. Aloys Vogels. Er war von 1920 bis 1925 Landrat in Büren gewesen und hatte die Wewelsburg aus preußischem Staatsbesitz erworben und zum Kulturzentrum ausbauen lassen. Vogels empfahl als Ehrenvorsitzender des Vereins zur Erhaltung der Wewelsburg, die von der SS zerstörte Wewelsburg so auszubauen, *dass sie der Jugend eine Herberge und eine politische Schulungsstätte in echt demokratischem Sinne würde. Weiter müsse die Burg als Nazimahnmal für ganz Nordrhein-Westfalen hergerichtet werden.* Vogels entwickelte thematische Vorgaben für „Schaubilder“. Der 1925 in Büren geborene Josef Glahe erhielt vom Förderverein den Auftrag zur Ausführung. Orientiert an Vogels' Vorschlägen, schuf er zehn großformatige Gemälde mit Motiven, die die zerstörerischen Folgen der NS-Herrschaft festhielten und vom Novemberpogrom über KZ bis zu Bombenkrieg und Vertreibung reichten. Am 29. Juni 1950 wurde der Zyklus, der in der „Gruff“ im Keller des Nordturms präsentiert wurde, im Rahmen der Feierlichkeiten zur Wiedereröffnung des Kreisheimatmuseums und der Jugendherberge der Öffentlichkeit übergeben. Im Veranstaltungsprogramm und in der Presseberichterstattung wurde das Werk als bedeutendes „Mahnmal gegen den Krieg“ gewürdigt, die von Vogels formulierten Zielvorstellungen erschienen jedoch ebensowenig wie die Bezüge zu den historischen Ereignissen in Wewelsburg.

Der inhaltlich und formal das Zeittypische vielfach sprengende Mahnmalzyklus erfuhr keine entsprechende Würdigung und fand in der Folgezeit in der Öffentlichkeit kaum Beachtung. Das Mahnmal blieb ein Fremdkörper in der wiederaufgebauten

und als Jugendherberge und Heimatmuseum dienenden Wewelsburg. Aus dem „Dritten Reich“ ererbte Ressentiments gegen moderne Kunst und aufgebauschte moralische Empörung dienten als Abwehrstrategien. Schon im Vorfeld der Beauftragung hatte der Schriftführer des „Fördervereins“, Josef Wilhelmi, der hauptamtlich als Beamter für die kulturellen Angelegenheiten des Kreises zuständig war, Bedenken gegen Glahes Lebenswandel erhoben. Begierig griff er eine Beschwerde von junge[n] *Mädchen im Alter von 16-19 Jahren* auf, welche die Entfernung des Bildes „Verschleppt, vergast, ausgelöscht“ forderten, da sie sich durch die darauf dargestellten nackten Menschen *in ihrem Schamempfinden* verletzt gefühlt hätten. Moraltheologische Gutachten wurden angefordert, die Presse stellte sich auf die Seite des Künstlers; gleichwohl wurde das Bild umgehend abgehängt.

Die Bilder verrotteten in der hohen Luftfeuchtigkeit der „Gruff“. Nur auf Verlangen waren sie zu besichtigen. 1973 wurden sie aus dem Turmraum entfernt und in eine Abstellkammer verbracht. Heute befinden sie sich im klimatisierten Museumsmagazin und werden in einem - wegen der hohen Kosten - mehrjährigen Programm konserviert. Mehrfach wurden inzwischen einzelne Gemälde in Ausstellungen gezeigt.

2. Gedenken an die Kriegstoten in den 1950er Jahren

Im Zeichen der Debatte um die Wiederaufrüstung und der öffentlichen Rehabilitierung der Waffen-SS, als zahlreiche Wehrmachtsgeneräle mit ihren Memoiren an die Öffentlichkeit traten, rückten die als nahe empfundenen, eigenen Toten der Mehrheit in den Mittelpunkt. Das waren Soldaten und Bombenopfer.

Letztere gab es in Wewelsburg nicht zu beklagen, aber Gefallene waren im weiten Umkreis beerdigt worden. Sie waren überwiegend Angehörige der Waffen-SS, die in den Kämpfen gegen die Amerikaner Anfang April 1945 gefallen waren. Für sie entstand der Soldatenfriedhof im sog. „Tal des Friedens“ bei Böddeken, 4 km von Wewelsburg entfernt. An der Einweihung am 23. August 1953 nahmen an die 7000 Personen teil.

Die Gedenkpraxis, die sich in der Folgezeit auf diesem Friedhof entfaltete, entsprach der zwiespältigen Ausgangslage. Anlässlich der jährlichen Kundgebungen am Volkstrauertag drückten seither zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens und der Soldatenverbände den - nach zwei verlorenen Weltkriegen fest im öffentlichen Bewusstsein etablierten - Friedenswillen der Deutschen aus. Dass das Verhältnis der Soldatenorganisationen zu den Traditionsverbänden der ehemaligen Waffen-SS-Einheiten lange Zeit uneindeutig blieb, wirkte sich auf dem Friedhof aus. Die „Hilfsgemeinschaft ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS“ (HIAG), später „Bundesverband der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS“ genannt, legt am Vorabend des Volkstrauertages Kränze nieder. Andererseits begeht der Deutsche Gewerkschaftsbund jährlich am 1. September seinen „Friedenstag“ für das Gebiet des Kreises Paderborn in Böddeken.

Wenige Jahre nach der Einweihung des Soldatenfriedhofs erhielten auch die Gefallenen aus der Gemeinde Wewelsburg eine Gedenkstätte. Das 1925 eingeweihte Kriegerdenkmal neben der Kirche wurde auf Betreiben des Schützenvereins um vier Stelen erweitert, auf denen die Namen der Toten des Zweiten Weltkrieges angebracht wurden. Hier nahm man auch Namen von

Gefallenen aus Vertriebenenfamilien auf. Fast alle Einwohner nahmen am 18. Oktober 1959 an der feierlichen Einweihung teil.

Während der Planungen zur Erweiterung des Denkmals oder zu späteren Anlässen kam - soweit die Quellen ein Urteil zulassen - niemals der Gedanke auf, die KZ-Opfer in das Gedenken einzubeziehen, *gewissermaßen gastweise zu betrauern*, wie es ein Journalist 1977 in einem Gespräch mit Vertretern des Dorfrates formulierte.

3. Der Wewelsburger Mahnmalstreit und seine Vorgeschichte

Im zwanzigsten Jahr nach Kriegsende 1965 wurde im Innenhof der Wewelsburg eine Gedenktafel aufgehängt. Sie entstand auf Initiative des Bundes der Verfolgten des Naziregimes, dessen Vorsitzender Erich Nikolaizig ein ehemaliger Häftling des KZ in Wewelsburg war. Der Kreis Büren beteiligte sich an den Kosten. Die Tafel erregte keine Aufmerksamkeit. Wiederholt forderte allerdings die Schul- und Kulturabteilung des Kreises Büren vom Oberkreisdirektor die Entfernung der Tafel. Argumentiert wurde damit, dass die Burg nicht Standort des *K.Z. Lager[s] Wewelsburg*, wie es im Text der Tafel hieß, gewesen sei. Besonders die Teilnehmer der Jugendfestwoche, eines alle zwei Jahre in Wewelsburg stattfindenden Folklorefestivals, sollten „*keine falschen Vorstellungen von der Burg...ins Ausland ... mit sich tragen.*“ Die Gedenktafel solle nach Niederhagen verbracht werden. Unterstützt wurden diese Vorstöße durch Dorfhonoratioren aus Wewelsburg, besonders den Ortshistoriker Dr. Wilhelm Segin. Er hob hervor, dass das KZ Niederhagen nicht *in*, sondern *bei Wewelsburg* gelegen habe. Im August 1973 wurde die Tafel auf Anordnung des Oberkreisdirektors abgenommen. Eine öffentliche Reaktion auf die Abnahme ist nicht bekannt.

Mit der terminologischen Vergrößerung der Distanz zum KZ, das nur 800 m Luftlinie von dem Schloss entfernt in der Gemarkung Niederhagen liegt, und der gleichzeitigen Entfernung der Gedenktafel aus dem Hof und des Mahnmalzyklus aus der „Gruft“ schien die Wewelsburg nun endgültig von allen Erinnerungszeichen an ihre Rolle im Nationalsozialismus gereinigt zu sein. Nur die NS-Architektur in den Räumen des Nordturm verwies noch auf die SS-Herrschaft. Im sogenannten „Obergruppenführersaal“ im Erdgeschoss, der mit einem großen Sonnenrad mit Sig-Runen als Bodenmosaik geschmückt ist, richtete man in Erinnerung an die Funktion zur Zeit der Fürstbischöfe eine Kapelle ein.

Erst knapp zwei Jahre später erhob sich Protest gegen den Verdrängungszustand. Als die Wewelsburg im Zuge der kommunalen Neugliederung 1975 an den Kreis Paderborn übergang, wurde sie von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen. Fast paradigmatisch für diese Zeit geriet die Wewelsburg in das Zentrum linker Faschismuskritik. Im Vorfeld der ersten, vom Kreis Paderborn ausgerichteten Jugendfestwoche forderte der Kreisverband der Deutschen Kommunistischen Partei die Wiederanbringung der Gedenktafel. Auf das Schreiben und eine Protestkundgebung im Juli 1975 wurde nicht reagiert. Als die SPD-Fraktion jedoch ein Jahr später im Kreistag die Errichtung eines Mahnmals in der Wewelsburg beantragte, musste darüber beschlossen werden. Mit der mehrheitlichen Ablehnung des Antrags begann der Paderborner „Mahnmalstreit“. Die Vorgänge in und um Wewelsburg wurden erstmals Gegenstand eines bundesweiten Medienechos. Politiker auf höchster Ebene wurden mit Paderborner

Angelegenheiten befasst. Der Mehrheitsentscheidung des Kreistages antwortete eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, darunter auch Wewelsburger, in Leserbriefen in den beiden Lokalzeitungen mit heftiger Kritik. Typisch ist der folgende Brief: *Als Jugendlicher finde ich das Verhalten von CDU und FDP beschämend. Es ist mir unbegreiflich, wenn man mit der Begründung gegen das Mahnmal auf der Wewelsburg ist, die heutige Jugend dürfe mit so etwas nicht mehr belastet werden...Ich sehe darin eine Flucht vor der Vergangenheit ... Hier geht es um die Anerkennung einer Schuld und um die Bereitschaft, diesem Tatbestand auch nach außen hin einen Ausdruck zu geben.* Nachdem überregionale Medien auf die Auseinandersetzung aufmerksam geworden waren, wurde über einen neuen SPD-Antrag im Kreistag beraten.

In der ausführlichen Diskussion argumentierten die Abgeordneten nun differenzierter. Die Vertreter der CDU befürworteten nunmehr überwiegend ein Mahnmal. Der CDU-Abgeordnete Schmidt-Riedinger forderte: *Bauen Sie ein Mahnmal an historisch passender Stelle!* Die Forderung nach einer Informationsbroschüre wurde allgemein begrüßt, da sich ein großer Mangel an historischem Wissen gezeigt habe. Einstimmig überwies der Kreistag diese Angelegenheit an den Kulturausschuss, der einen nicht öffentlich tagenden Arbeitskreis einrichtete.

Während der Beratung dort fand kein Standort eine Mehrheit. Schließlich sah die Mehrheitspartei in der Schaffung einer dokumentarischen Ausstellung einen Ausweg. Beschlossen wurde, dem Kreistag zu empfehlen, für eine Dokumentation und einen Forschungsauftrag, bezogen auf die Geschichte Wewelsburgs 1933-1945, zu stimmen. Dieser Beschlussempfehlung folgte der Kreistag in seiner Sitzung am 6. Juli 1977 mehrheitlich. Die dem Beschluss vorangehende Beratung verdeutlichte noch einmal die unterschiedlichen Standpunkte. Aus Sicht der CDU-Abgeordneten sprachen gegen ein Mahnmal der Anachronismus dieser Form des Gedenkens, die Möglichkeit eines Missbrauchs zu politischen Zwecken (unter Hinweis auf Auseinandersetzungen von linksradikalen Gruppen am Mahnmal auf dem Friedhof für sowjetische Kriegsgefangene in Stukenbrock), die Wirkungslosigkeit, besonders bei Jugendlichen, und die ablehnende Haltung der Mehrheit der Bevölkerung. Die Vertreter der SPD lehnten eine Dauerausstellung nicht grundsätzlich ab, verwiesen aber darauf, dass sie nicht als einziges eingerichtet werden dürfe, sondern durch ein Mahnmal ergänzt werden müsse. Dieses müsse, so die Abgeordneten Rothe und Josephs, Ausdruck *sachlicher Leidenschaft*, ohne Öffnungszeiten zugänglich und ein *Zeichen des Engagements, des Mitleids, der Würdigung der Toten und der Ächtung ... der unrechtmäßigen Gewalt* sein. Gegen Ende der Diskussion meldete sich Landrat Joseph Köhler zu Wort. Er betonte, es könne kein grundsätzliches Nein zu einem Mahnmal geben. Er sehe allerdings dafür derzeit keine Lösung. Auf jeden Fall dürfe man die Menschen nicht nur über den Verstand ansprechen. Diese Stellungnahme zeigte ein Problembewusstsein, das in der Folgezeit durch Reaktionen der Medien und der Öffentlichkeit bestätigt wurde.

Die beiden Lokalzeitungen berichteten ausführlich. Der WDR-Redakteur Heiner Lichtenstein, dem wir die erste, 1965 erschienene seriöse Darstellung der Geschichte der Wewelsburg im „Dritten Reich“ verdanken, blieb dem Thema weiter auf der Spur und kritisierte die Entscheidung der Kreistagsmehrheit öffentlich. Giselher Suhr vom ZDF griff die Entscheidung ebenfalls kritisch auf. Mehrere Verbände und Vereinigungen von NS-Opfergruppen hatten schon während der Beratungen bei der Kreisverwaltung interveniert. Ein langer und auf beiden Seiten

mit Schärfe geführter Briefwechsel entwickelte sich zwischen dem Generalsekretär des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V., Pfarrer Wolfgang Zink, und Oberkreisdirektor (OKD) Werner Henke. Der Koordinierungsrat kritisierte Äußerungen der Paderborner Mahnmalgegner mehrfach scharf. Der Oberkreisdirektor forderte die Rücknahme dieser Kritik. Nachdem ein Vermittlungsangebot Zinks, das *von seiten des Büros von Herrn Dr. Kohl wie von Herrn Dr. Kohl selbst begrüßt wird*, wegen des zwischenzeitlich gefassten Kreistagsbeschlusses nicht mehr zum Tragen kommen konnte, unternahm er - nach einem Besuch vor Ort - noch einen letzten Versuch, ein Mahnmal zu retten, indem er den Standort Rondell am Wachgebäude empfahl.

Die Meinungsführer in Wewelsburg hatten sich entschieden. Mit einem Leserbrief hatte Wilhelm Segin noch einmal in die Debatte eingegriffen und für die Haltung der Wewelsburger um Verständnis geworben. Segin beschrieb den Druck, der sowohl von den Wachmannschaften des KZ als auch von der SS-Burgmannschaft auf das Dorf bis hin zum Plan seiner Zerstörung ausgeübt wurde. Daher sei es notwendig gewesen, nach 1945 diese Ereignisse zu verdrängen. *Etwas anderes zu erwarten oder sogar zu fordern, ist geradezu unmenschlich, weil es dem Wesen der menschlichen Natur widerspricht ... Das Dorf hat ein Recht auf normales Leben. ... (und soll nicht) ... befürchten müssen, dass sein ehrlicher Name durch den Zusatz „KZ“ für alle Zukunft geschändet wird.* In dieser Situation erschien den meisten Wewelsburgern eine Dokumentation, von der sie die Darlegung auch ihrer Bedrängnisse in der NS-Zeit erwarteten, von allen diskutierten Möglichkeiten die am leichtesten hinnehmbare.

Nicht zufriedengeben mit der Entscheidung des Kreistages mochte sich die SPD im Paderborner Land und ganz besonders der Paderborner SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing. In einem offenen Brief forderte er seinen prominenten CDU-Kollegen, den in Paderborn direkt gewählten Bundestagsabgeordneten Dr. Rainer Barzel, auf, seinen Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass die CDU-Kreistagsfraktion ihre Entscheidung korrigiere. Barzel verwies in seinem Antwortschreiben kühl auf seine Nichtzuständigkeit (und die Thüsings) in dieser Selbstverwaltungssache des Kreises. Er schloss mit dem Rat: *Weniger Lautstärke und Aufgeregtheit bekäme der Sache gut.* Thüsing wollte sich nicht beruhigen und veranstaltete am 9. November 1977, dem 39. Jahrestag des Novemberpogroms, eine Gedenkfeier im Innenhof der Wewelsburg. Diese war weder bei der Kreisverwaltung angemeldet noch mit der SPD-Kreistagsfraktion abgesprochen. An der Veranstaltung nahmen neben zwei früheren KZ-Häftlingen vier SPD-Bundestagskollegen Thüsings teil, darunter der heutige Bundesarbeitsminister Franz Müntefering. Im Verlauf der Veranstaltung wurde eine Gedenktafel an der Mauer angebracht. Unter den Teilnehmern befanden sich keine führenden Vertreter der regionalen Parteigliederungen der SPD. Dafür waren mehrere Fernseh- und Rundfunkteams sowie Vertreter der Presse erschienen. In einem Schreiben an den OKD übernahm Thüsing die Verantwortung und übergab die Tafel dem Kreis Paderborn. OKD Werner Henke wies die Annahme zurück und begründete dies ausdrücklich nicht mit dem Inhalt der Tafelinschrift, sondern mit Thüsings Vorgehen. Er forderte ihn ultimatив auf, die Tafel wieder zu entfernen.

In einer weiteren Erklärung verwies Oberkreisdirektor Henke auf den Kreistagsbeschluss vom 6. Juli 1977 und warf Thüsing vor, *daß er mit Mitteln des*

*Faustrechts fundamentale Regeln der Rechtsordnung verletzt habe. CDU und FDP unterstellten dem Abgeordneten Profilierungssucht. Die SPD reagierte gespalten. Mehrheitlich wurde die Rechtswidrigkeit kritisiert. Aber in der Stellungnahme, die Josef Hackforth (heute stellvertretender Bürgermeister von Paderborn) für den Paderborner Ortsverein abgab, heißt es: *Es hätte am 9.11. auf der Wewelsburg keine Aktion gegeben, wenn seitens der Mehrheitspartei im Kreistag nicht über Monate hin eine Diskussion geführt worden wäre, die von bundesweit bestätigter erschreckender Instinktlosigkeit, unverantwortlicher Borniertheit und gefährlicher Geschichtslosigkeit gekennzeichnet war. Nicht die jüngste Aktion, sondern diese Diskussion war für Stadt und Land Paderborn blamabel.**

Das Medienecho zerfiel in überregionale Zustimmung und regionale Ablehnung. In den etwa zwanzig Leserbriefen zu diesem Thema überwog die Zustimmung zum Anliegen, z.T. auch explizit zum Vorgehen Thüsings, der in einem offenen Brief an die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Paderborn und späteren weiteren Stellungnahmen seine Aktion mit einem *ethischen Recht* begründete und seinen Gegnern *legalistisch verkommenes Rechtsbewusstsein* unterstellte.

Aus Wewelsburg selbst kam schließlich die entschiedenste Reaktion auf die Anbringung der Tafel: Zwei junge Männer aus dem Dorf montierten sie bei Nacht ab und legten sie im Eingangsbereich des Soldatenfriedhofs in Böddeken nieder, wo sie von der Polizei sichergestellt wurde.

Mit dem Mahnmalstreit und der Aktion Thüsings war die Auseinandersetzung um das Gedenken der Wewelsburger KZ-Opfer buchstäblich im Jet-Zeitalter angekommen. Thüsing und seine Begleitung waren auf dem kurz zuvor eröffneten Paderborner Flughafen, vier Kilometer von Wewelsburg entfernt, gelandet. Manifestationen, Leserbriefkampagnen, gezielte Regelverstöße und Provokationen, Medienwirksamkeit u.a. waren im Paderborner Land bislang nicht übliche Politikformen. Sie entstammten der 68er-Bewegung. Die Schärfe der Reaktionen der angegriffenen Seite spiegelte - wohl gemerkt: vor dem Hintergrund des „heißen Herbstes“ 1977 - auch die Aversionen des bürgerlichen Establishments gegen diese Revolte wider. Der öffentliche Streit, in dem auch Wewelsburger von den Medien immer wieder befragt wurden, bewirkte über alle negativen Einschlüsse hinaus, dass die geschichtlichen Ereignisse 1933-1945 und ihre Folgen Themen von öffentlichem Interesse wurden, was sie nach Vogels' - seinerzeit nicht realisierbarem - Vorhaben schon 1950 hätten werden sollen.

4. Die Zeit der Kompromisse – und die List der Vernunft

Einen Tag, nachdem die Zeitungen die Wiederauffindung der Thüsing-Tafel in Böddeken gemeldet hatten, war am 19. November 1977 zu lesen, in einer Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion sei die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für einen *Gedenkstein für die Opfer der Gewaltherrschaft* beschlossen worden, der im folgenden Jahr auf dem Ehrenfriedhof in Böddeken errichtet werden solle. In ersten Stellungnahmen der übrigen Parteien schlug sich deren vollständige Überraschung nieder. Im Dezember wurde im Kreistag über die CDU-Initiative beraten und trotz vielfältiger vorgetragener Bedenken das Mahnmal einstimmig beschlossen.

Der Entwurf des prominenten Paderborner Bildhauers Josef Rikus sah eine Gruppe von sechs Monolithen vor. Reliefs sollten an die Ermordung der jüdischen Bürger, an die Opfer des Konzentrationslagers Niederhagen, an die Toten des

Bombenkriegs sowie an die Flucht und Vertreibung erinnern. Trotz der Bedenken des Volksbunds deutscher Kriegsgräberfürsorge, der an den Planungen beteiligt war, wurde im Eingangsbereich des Friedhofs eine Tafel angebracht, auf der die Intentionen der Anlage verdeutlicht werden.

Am 8. November 1978 wurde das Mahnmal von Landrat Köhler eingeweiht. An der Feierstunde nahmen auch Vertreter des Bundes der Verfolgten des Naziregimes, des Landesverbandes demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen sowie der Vorsitzende Kurt Goldstein und weitere Vertreter der jüdischen Gemeinde Paderborn teil.

Nun gab es also ein Mahnmal, das auch die Opfer des Konzentrationslagers in Wewelsburg berücksichtigte. Aus den vorliegenden Unterlagen lässt sich nicht erschließen, was letztlich den Meinungsumschwung innerhalb der CDU bewirkte. Man kann davon ausgehen, dass im Verlauf der langen Debatte den meisten Funktionsträgern klar geworden war, welcher politischer Schaden in einer Frage entstanden war, in der selbst viele Parteimitglieder die Hartnäckigkeit der Kreistagsfraktion nicht mitvollziehen konnten. Die oben zitierte Äußerung Landrat Köhlers gegen ein prinzipielles Nein in der Mahnmalfrage weist darauf hin, dass er zu den Protagonisten des Umdenkungsprozesses gehörte. Interne Vermerke zeigen, dass dieser Wochen vor Thüsings Aktion begonnen hatte. Aber das Mahnmal entsprach nicht den anfänglichen Intentionen der Befürworter. Es befand sich nicht in (der) Wewelsburg, sondern auf einem Friedhof mit Gräbern von Menschen, die man nur in einem sehr vagen Sinne als „Opfer der Gewaltherrschaft“, wie es die Inschrift tat, bezeichnen konnte. Es war zwar ein typischer Ausdruck des zeitbedingt Konsensfähigen, aber auch ein Mahnmal, das - genau betrachtet - so eigentlich niemand wirklich wollte.

Am 6. Juli 1977 hatte der Kreistag - bei Enthaltung der SPD - beschlossen: *Zur Mahnung für die Lebenden und zum ehrenden Gedenken an die Opfer des KZ Niederhagen wird in der Wewelsburg ... eine Dokumentation über die Geschichte der Wewelsburg ... ab 1933 - und des KZ Niederhagen errichtet.* Zur Umsetzung dieses – aus heutiger Sicht historisch zu nennenden - Vorhabens beauftragte der Kreistag u.a. Prof. Dr. Karl Hüser von der neu gegründeten Gesamthochschule Paderborn mit der wissenschaftlichen Forschung.

Am 20. März 1982 – ziemlich genau vor 25 Jahren - wurde im Rahmen eines Festaktes die Dauerausstellung, die sich entsprechend dem Kreistagsbeschluss als Ort der Mahnung, des Gedenkens und der Information verstand, eröffnet. Sie war im eigens angekauften ehemaligen SS-Wachgebäude am Vorplatz der Wewelsburg eingerichtet worden.

Mit der Einrichtung dieser Dauerausstellung begann eine intensive gedenkstättenpädagogische Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen, die den Grundstock für den Erfolg dieser Abteilung des Kreismuseums Wewelsburg bildet. Bisher haben 900.000 Menschen die Einrichtung besucht, im Rahmen einer Führung näher kennen gelernt oder an Projekten, Seminaren, Gesprächskreisen und vielfältigen anderen Veranstaltungen teilgenommen. Die Wewelsburger, die schon intensiv an der Vorbereitung beteiligt waren, indem sie um Zurverfügungstellung von Fotos, Dokumenten und anderen Materialien gebeten worden waren, überwandern bald eine anfängliche Zurückhaltung und fanden auch sich und ihre besondere Sichtweise in der Ausstellung wieder. Wo solange nicht oder nur

verdeckt über diese Themen gesprochen werden konnte, existierte jetzt ein Ort intensiver Auseinandersetzung mit der nunmehr auch als eigene Geschichte akzeptierten NS-Vergangenheit. Die Dauerausstellung und die als Katalog erscheinende Begleitpublikation bildeten die Grundlage dafür, dass Wewelsburg nunmehr in die neueste Landesgeschichte einging und zunehmend auch im Rahmen von gesamtstaatlichen Geschichtsdarstellungen Berücksichtigung findet. 2005 nahm als erster Schulbuchverlag der Cornelsen-Verlag aus Berlin Wewelsburg in das Geschichtsbuch für Realschulen in NRW auf. Die Überlebenden des Konzentrationslagers wurden durch die historische Arbeit des Kreismuseums erst eigentlich „entdeckt“. Sie wurden als Träger einer eigenständigen, durch nichts zu ersetzenden historischen Überlieferung zu wichtigen Gesprächs- und Interviewpartnern. Auch zu Angehörigen von KZ-Opfern ergaben sich neue Kontakte: So erfuhr ein Niederländer erst durch den Papstbesuch 1996 von der geographischen Lage des KZ Niederhagen, in dem 1941 sein Vater Gerrit Visser umgekommen war.

Was als Ausweidlösung statt eines Mahnmals begonnen hatte, erwies sich – im Sinne von Hegels Durchsetzung der List der Vernunft – als beste aller Möglichkeiten.

Gleichwohl erinnerte die SPD an ihre fortbestehende Forderung nach einer Gedenktafel im Bereich des Wewelsburg. Im März 1984 wurde schließlich eine Bronzetafel auf dem Rondell vor dem Wachgebäude angebracht. Sie wird von manchen Besuchern wahrgenommen, spielt aber keine Rolle bei Gedenkveranstaltungen.

5. Vom Kampf um Niederhagen bis zu einem Mahnmal auf dem ehemaligen Appellplatz

Während die Wewelsburg nun über eine erfolgreiche Gedenkstätte verfügte, die durch die Verbindung mit dem Kreismuseum auch institutionell gesichert war, erwies sich mit dem Bankrott mehrerer kleiner Wirtschaftsbetriebe auf dem ehemaligen Lagergelände der Gebäude- und Anlagenbestand in seiner Existenz gefährdet.

1952 war das Gelände des früheren Konzentrationslagers wieder in den Besitz der Gemeinde gelangt. Als Wertausgleich für die ehemaligen KZ-Anlagen musste das Dorf dem Land NRW (das als Rechtsnachfolger der NSDAP handelte) nach langen Verhandlungen im Jahre 1957 fast 20.000 DM bezahlen. Dieser Vorgang hinterließ tiefe Spuren der Verbitterung in der öffentlichen Meinung in Wewelsburg. 1987 verkaufte die Stadt Büren, die als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Wewelsburg in den Besitz des früheren Appellplatzes gekommen war, das Gelände an eine Blumengroßhandelsfirma, die dort eine Verladehalle bauen wollte, der auch ein Teil des noch erhaltenen ehemaligen Häftlingssessaals zum Opfer gefallen wäre. Die Vorteile der dörflichen Kommunikation (alles wird bekannt) funktionierten in der Weise, dass ich von diesen Vorgängen erfuhr und nach gehöriger persönlicher Vorsprache bei den Vertragspartnern, die sich nicht bewegen mochten, meine Vorgesetzten informierte, die die Denkmalbehörden einschalteten. Im Januar 1988 empfahl das Westfälische Amt für Denkmalpflege Münster die Unterschutzstellung des ehemaligen Appellplatzes.

Während diese Auseinandersetzung behördenintern weitergeführt wurde, trat wenig später ein anderer historischer Ort in das öffentliche Bewusstsein: der oben erwähnte frühere SS-Schießstand, der einige hundert Meter vom ehemaligen Lagergelände entfernt im Wald liegt. Teilnehmer eines internationalen Workcamps, das von dem Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V., Christoph Bitterberg, durchgeführt wurde, reinigten den Schießstand vom dort abgelagerten Müll. Neben der internationalen Begegnung war es eine weitere Intention dieses Unternehmens, den bisher verwahrlosten Ort willkürlicher Erschießungen in den Folgejahren in seinem Bestand zu sichern und durch eine Hinweistafel für Besucher zu erschließen. Die Teilnehmer aus zehn Ländern wohnten in der Dorfhalle, wurden z.T. in Wewelsburger Familien eingeladen und stellten sich während eines „Offenen Abends“ der Dorfföfentlichkeit vor. Der Kreiskulturausschuss wurde im Vorfeld informiert und unterstützte das Vorhaben.

Über das geplante Workcamp wurde ausführlich, aber auch sehr reißerisch („Wiederherstellung der KZ-Reste“) in der Presse berichtet. Ein Jahr später forderte die SPD-Kreistagsfraktion eine Hinweistafel in Niederhagen; bald darauf kritisierte ein Geschichtsleistungskurs in einem Leserbrief die Zustände auf dem ehemaligen Lagergelände. Diese Vorgänge verdichteten sich für viele Wewelsburger zu einem bedrohlichen Szenario. Viele wehrten sich in Leserbriefen. Zu den Unterzeichnern gehörte auch Stuart Russell, ein in Wewelsburg ansässiger ehemaliger britischer Soldat, der im Herbst 1989 ein Buch veröffentlichte, das über weite Strecken unkritisch das Selbstverständnis der SS abbildete. Nicht zuletzt wegen der Aufmachung fand es viele Käufer im Ort und in der Region. Im September 1989 konstituierte sich förmlich eine Bürgerinitiative gegen eine Ausweitung der Aktivitäten zur Erhaltung und Vermittlung der Überreste des KZ. Die Gruppe wuchs nach eigenem Bekunden auf 140 Mitglieder an. In einem Flugblatt, das allen Haushaltungen zuging, wurde die Angst ausgedrückt, zu einer Art *nationalsozialistischem Freilichtmuseum* zu werden. Die Bürgerinitiative verwies nicht ohne eine gewisse Berechtigung auf das Dilemma der Wewelsburger „Gedenkstättenlandschaft“: Es sei Überzeugung der Gruppe, *dass die Gedenkstätte im ehemaligen Wachgebäude der Burg, die Gedenktafel auf dem Burgplatz, das Kriegerdenkmal bei der katholischen Kirche und Gedenksteine und eine Gedenktafel bei Böddecken für „unser kleines Dorf“ ausreichen.* Die öffentliche Auseinandersetzung konzentrierte sich nach einiger Zeit auf die künftige Gestaltung des noch nicht bebauten Teils des ehemaligen Appellplatzes. Im Frühjahr hatte die Stadt Büren - widerstrebend - den Platz zurückerworben. Der Kreis Paderborn übernahm die Pflege. Es ging nun darum, eine Gestaltung zu finden, die möglichst von allen Konfliktparteien mitgetragen werden konnte. Das Aushandeln einer Lösung geschah in mehreren Bürgerversammlungen. Die entscheidende wurde von Prof. Frankemölle, bis heute geschäftsführender Vorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Paderborn, moderiert. Im November 1990 konnte das Westfälische Volksblatt melden: *Wieder Friede am alten Appellplatz.*

Mit allgemeiner Zustimmung wurde 1991 der Platz mit Rasen eingesät. Gebäudeumrisse wurden mit Pflastersteinen markiert. Der Platz wurde somit für Eingeweihte kenntlich, war in seiner Bedeutung für nicht Informierte aber nicht zu entschlüsseln. Jedes Hinweiszeichen wurde ausdrücklich ausgeschlossen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreismuseums Wewelsburg wurden vom Kreis Paderborn verpflichtet, von sich aus keine Versuche zu einer Änderung dieses Zustandes zu unternehmen.

So sehr das Ergebnis dieser Phase der Auseinandersetzung nach einer Befestigung des Status quo aussah, indem die bisher zumeist schweigende Mehrheit der Wewelsburger die Manifestationen der Geschichte im Nationalsozialismus auf bestimmte Orte eindämmen und ein Recht, davon ansonsten ungeschoren zu bleiben, behaupten konnte, so viel hatte sich gleichwohl verändert. Die Behauptung der alten Positionen war mit Mitteln gelungen, die Protestbewegungen der sechziger und siebziger Jahre entstammten und nun im Dorf inzwischen weithin angenommen wurden. Andererseits war es gelungen, mit der Erhaltung und Unterschutzstellung des ehemaligen Appellplatzes und des angrenzenden ehemaligen Küchen- und Esssaalgebäudes an entscheidender Stelle den jahrzehntelangen Prozess der Um- und Vernutzung, Vernachlässigung und Zerstörung zu stoppen und ein Denkmal von *überregionale[r], ja nationale[r] geschichtliche[r] Relevanz* zu retten. Damit erst gibt es neben den sog. „Kulträumen“ im Nordturm der Wewelsburg auch ein räumliches Zeugnis der Verbrechen, die im Wewelsburger Konzentrationslager begangen wurden.

Die Überlebenden des Konzentrationslagers waren mit dem erreichten Kompromiss nicht einverstanden. Im Mai 1992 trafen sich zum ersten Mal seit 1945 noch lebende ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers in Wewelsburg auf Einladung des Kreises Paderborn. Anlass war das zehnjährige Bestehen der Dokumentation. Gemeinsam schrieben sie einen Brief an den Landrat und an den Bürgermeister der Stadt Büren, in dem sie *ein dauerhaftes Zeichen* auf dem ehemaligen Appellplatz forderten. Der Brief blieb unbeantwortet. Der Kreisdirektor des Kreises Paderborn, Heinz Köhler, bemühte sich allerdings darum, auf einer Sitzung des Wewelsburger Dorfrates für das Anliegen zu werben. Der Vorstoß blieb ohne Erfolg. Nachdem am 2. April 1995, dem fünfzigsten Jahrestag der Befreiung, eine erste Gedenkveranstaltung auf dem Appellplatz von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Paderborn durchgeführt wurde, weil die Kreismitarbeiter sich an den Kompromiss von 1990 zu halten hatten, bildete sich 1997 eine Arbeitsgruppe von jungen Erwachsenen aus dem Dorf Wewelsburg, um im darauf folgenden Jahr wiederum eine Gedenkfeier auszurichten. Spiritus rector der Gruppe war Sonja Büttner, eine Geschichtsstudentin, die nach einem Praktikum im Kreismuseum zu dem Schluss gekommen war, dass junge Leute aus dem Ort selbst aktiv werden müssten. In Zusammenarbeit mit Kirsten John-Stucke und mir (beide Kreismuseum) machte sich die Gruppe an die Vorbereitung der Gedenkveranstaltung. Da die Absicht bestand, während der Veranstaltung Blumen niederzulegen, ergab sich als Lösung der Frage, wohin man diese legen sollte, die Idee, Kies auf einer dreieckigen Plastikplane auszustreuen. Diese Form ist abgeleitet aus dem Häftlingswinkel auf der KZ-Kleidung, gewissermaßen als allen ehemaligen Gefangenen gemeinsames Symbol. Die Folie sollte ein Abräumen sofort nach der Veranstaltung sicherstellen. Bei einem Empfang der Überlebenden durch die Stadt Büren sicherten - für alle unerwartet - Bürgermeister und Stadtdirektor der Gruppe ihre Unterstützung bei der Verwirklichung eines dauerhaften Mahnmals zu.

Genau zwei Jahre dauerte es dann bis zur Realisierung. Das Mahnmal wurde am 2. April 2000 im Rahmen eines gut besuchten Festaktes, an dem wiederum zehn Überlebende aus sechs Staaten teilnahmen, darunter erstmals zwei Ukrainer, eingeweiht. Die internationale Dimension wurde durch die Teilnahme mehrerer

ausländischer diplomatischer Vertretungen unterstrichen. Erstmals seit Eröffnung der Dokumentation wurde das Land NRW hochrangig repräsentiert, nämlich durch Staatsministerin Ilse Bräutigam. Außer den jungen Leuten der Arbeitsgruppe wirkten weitere Wewelsburger mit: Zum ersten Mal legte ein Wewelsburger Ortsvorsteher für die Opfer des KZ einen Kranz nieder. Der örtliche Männergesangsverein sang zwei Lieder. Das „dauerhafte Zeichen“, das nach Vorgaben der Arbeitsgruppe von Kunststudenten der Universität Paderborn entworfen wurde, nimmt die Form, die durch das Kiedsdreieck geboren war, an. Es besteht aus dem örtlichen Kalkstein. Diesen mussten die Häftlinge in den Steinbrüchen brechen.

Diese neue Entwicklung war nur möglich, weil einerseits die führenden Vertreter der Stadt Büren, besonders der ehemalige Stadtdirektor und seit einer Kommunalreform hauptamtliche Bürgermeister Wolfgang Runge, von der Sache wirklich überzeugt waren und andererseits sich im Dorf die Zustimmung vergrößerte, wie u.a. die Tatsache andeutet, dass das Kiedsdreieck nicht - wie ursprünglich vereinbart - entfernt werden musste, sondern mit Zustimmung vieler ungestört zwei Jahre liegenbleiben konnte. Die persönliche Begegnung mit Überlebenden, die Gespräche, wie sie 1998 dank einem umfangreichen Begleitprogramm in großer Zahl möglich gewesen waren, schienen nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. Entscheidend war, dass es sich bei den Initiatoren um junge Leute aus dem Dorf handelte, die z.T. aus bekannten Familien stammen und die in der katholischen Kirchengemeinde und in örtlichen Vereinen tätig waren. „Unsere Kinder“ konnte man schlecht als externe Störfaktoren ausgrenzen. Zusätzlich waren sie als junge Menschen so von jeglicher Verstrickung in die Ereignisse von 1933 bis 1945 frei, dass es auch keine Kommunikationsprobleme mit den Überlebenden gab, die älter als ihre Großväter waren. Diese konnten zum gewissermaßen letztmöglichen Zeitpunkt ihre Erfahrungssumme an die übernächste Generation übermitteln. Theoretisch gesprochen, handelt es sich um den Zeithorizont, an dem geschichtliche Erfahrungen aus dem kommunikativen Gedächtnis der Gesellschaft, das an hinreichende Zeitzugenschaft gebunden ist, in das kulturelle übergehen, das sich auf Medien, historische Orte und ritualisierte Formen stützt.

Die nunmehr von Wewelsburgern, die damit die Verantwortung der Nachgeborenen übernahmen, begründete Tradition der Gedenkfeiern wird inzwischen von einem Verein weitergeführt, den „Gedenktag 2. April in Wewelsburg - Verein wider das Vergessen und für Demokratie e.V.“ Jährlich findet am 2. April eine Gedenkveranstaltung statt, die inzwischen auch von vielen Wewelsburgern besucht wird. In diesem Jahr wird auch noch einmal ein Überlebender teilnehmen: der 100-jährige Zeuge Jehovas Leopold Engleitner.

Die Anerkennung der historischen Wahrheit und die Würdigung der KZ-Opfer hat sich in Wewelsburg offensichtlich nach jahrzehntelangem Streit durchgesetzt. Auch der Kreis Paderborn als Träger steht mit verhaltenem Stolz zu seiner Gedenkstätte und fördert sie uneingeschränkt, ganz besonders in Person des Kulturdezernenten Kreisdirektor Heinz Köhler.

Es wäre aber ein Wunder, wenn diese Erfolge vollkommen wären. Seit einigen Jahren ist die Wewelsburg zum Symbol der Leugnung der Verbrechen und Glorifizierung des Nationalsozialismus durch rechtsextreme Gruppierungen avanciert. Wenn Sie im Internet nach dem Stichwort „Schwarze Sonne“ suchen,

werden Sie in einen international wirksamen Dunstkreis von neuheidnischen, rechtsextremen und satanistischen Mythen geführt. Die Wewelsburg und das Sonnenradsymbol im Obergruppenführersaal sind zur Projektionsfläche solcher Vorstellungswelten im globalen Maßstab geworden.

Mit unserer Internetpräsenz und mit der neuen Dauerausstellung „Wewelsburg 1933-1945“, an deren Planung wir zur Zeit arbeiten, setzen wir den Kampf gegen Ignoranz, Verdunkelung und neue Mythen fort. Die häufigen Besucher, die rechtsextreme Kennzeichen zur Schau stellen wollen, verweisen wir mit Hilfe unserer neuen Hausordnung des Hauses. Wenn es aber zu verhindern gilt, dass die Wewelsburg zum Schauplatz rechtsextremer Manifestationen großen Stils wird, dann bedarf es der Unterstützung aller Bürger, nicht nur der Wewelsburger, wie es vorbildlich anlässlich der geplanten Kundgebung „Zu Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ im Januar 2002 gelungen ist. Ein breites Bündnis, bei dem alte Konfliktlagen keine Rolle mehr spielten, verhinderte in Wewelsburg und Paderborn diesen – in letzter Minute auch vom Bundesverfassungsgericht untersagten - menschenverachtenden Aufzug.

Wewelsburg ist gelebte Anwendung des Mottos der diesjährigen Woche der Brüderlichkeit: „Redet Wahrheit!“ – und handelt danach!